

Bezugspreise:

Der Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufstellung 7,500.000, vierteljährlich
22.500, halbjährlich 45.000, jährlich
82.500, wie folgt, 24.750, 49.500,
74.250, 98.000. Die
Bestellungen werden an allen Kassen
des Verlags angenommen. Im
Falle der Einstellung unter
Einschaltung eingetragener
Anzeigen eingetragene
Anzeigen wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit
der Erlaubnis des Verlags
geboten. Halle, der Geschäftsstelle
Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung
Nr. 1133, der Bezugs-Abteilung
Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 34 Spalten 34 mm breite Mittel-
zeile oder deren Raum 60 Pf.
Sämtliche 40 Pf., Resten
die 32 mm breite Mittelzeile
2.50 Mark, Anzeigen werden an
unserer Geschäftsstelle, Halle, Dom-
straße 17, oder Geschäftsstelle,
Halle, Erbsenstraße 17, oder
Leipzig, Markt 2, oder
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 590.

Halle, Dienstag, den 21. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Ueble Kampfmethoden im Danziger Volkstag.

Europäische Festhoffnung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Steht über der schicksalreichen belgischen Hauptstadt ein Stern? Auch die in zwei harten Tagen aus anerogeter Schmerzhaftigkeit muß zugeben, daß bis jetzt der Wille zum Ergebnis niemals e. h. er, der Verhandlungston niemals verbindlicher, die Bereitschaft, aus den Darlegungen des Gegners zu lernen, niemals höherer war. Die Zeit zum erstenmal hat jetzt das antilige Frankreich und mindestens ein Teil seiner Kräfte es sich vermag, die Rechtskraft der deutschen Absichten grundsätzlich anzuerkennen. Man hält es nicht mehr für unvorstellbar, Anerkennung und Geschäftsbereitschaft zu gewären: Beweis genug, daß die Verhandlungen endlich auf der Seite aus, nicht mehr nach dem Regime eines Kampfes beurteilt werden. Der erste französische Bevollmächtigte in Brüssel, Seydoux, erklärt, die Erörterung sei „in gütlicher Einigung“, und die Haltung der Deutschen sei unabweisbar. Die amtliche Propagandaagentur findet die Bolschei den letzten Abends „höchst zerkürrt“; der Verhandlungsboden sei „religie, egr“, und das Ergebnis der Verhandlungen mache einen durchaus günstigen Eindruck. Selbst die belgische Presse ist jetzt ihre Befriedigung darüber aus, daß man diesmal rein sachlich wie unter Geschäftsfreunden verhandelt und damit auf gutem Wege sei, eine Lage zu liquidieren.

Was ist aus diesen Beziehungen zu erwarten? Stimmung und sogar Absprachen zu schließen? Genuß liegt ein Teil der Kräfte, die das Ausland zu veränderter Sprache bestimmen, auch in den deutschen Bevollmächtigten selbst. Die Darlegungen über Deutschlands traurige Lage waren vollkommener als schon in Spa von jeder maßgebenden und anerkennenden Beurteilung der vorgebrachten Tatsachen befreit. Die Schlußfolgerungen ausgedrückt wurden, wiewohl sie sich nicht auf die Dinge, die sich zur Voraussetzung geworden sind, sondern auf die Mittel der Vertragserfüllung. Die Frage: kann Deutschland überhaupt etwas zahlen, ward gar nicht aufgeworfen, auch das düstere Gemüde veranlaßte nur die Frage: wie kann Deutschland zur höchsten Zahlungsfähigkeit gebracht werden? Im übrigen ließ man die Tatsachen für sich stehen und überließ es den anderen, das Meinende daraus zu schließen.

Über die sachliche Haltung der deutschen Bevollmächtigten würde die der ausländischen Politiker doch nicht hinweg zu erklären, wenn die nicht selbst die Lage anders zu ändern als noch vor wenigen Monaten. Sie selbst haben notwendig gefunden, sich auf die zu erwartenden deutschen Umkehrungen anders einzustellen. Die Art, wie sie diese Stimmung nach außen hin tungeben, ist nicht ohne diplomatische Es ist vorteilhaft, zu sagen: Die Deutschen haben sich nicht gegeben, und wir erkennen das an, als gäbe es keinen: Die Gewalt der Tatsachen drängt uns auf einen anderen Weg.

Was dann haben die befalligen Worte für uns einen tiefen Anerton von Beunruhigendem. Was ist nicht bedenklich, nichts angenehmes: Als für die Verhandlungsbereitschaft nach dem Grund zu festhalten. Was haben die deutschen Bevollmächtigten, gemäß in „unabweisbarer Haltung“, bis jetzt dargelegt? Wie wichtig die deutsche Abhängigkeit von der Ordnung der einseitigen Vertragspflichten? Wie wichtig die Abhängigkeit von der Zahlungsfähigkeit des Reiches? Wie wichtig die Abhängigkeit der Einseitigkeit der Vertragspflichten, durch die Unmöglichkeit des Ausgleichsverfahrens, durch den Verlust der Handelsrechte das Maß dessen, was Deutschland an „Wiederumkehrungen“ etwa leisten könnte, verringert wird.

Sind die Gegner trotzdem hoffnungslos, so müssen sie von Deutschlands Vertragspflichten (für die Zukunft) viel erwarten: Siegen sie die Erwartung, so müssen sie auch mit den einseitig festgestellten Voraussetzungen einverstanden sein, also mit einer neuen Grundlage der Handelsverträge, der künftigen Vertragspflichten, Abgabe des deutschen Eigentums im Ausland, Vereinfachung des Ausnahmeverfahrens, Rückgabe eines Teils der Handelsrechte, die von der Weltmacht über die europäischen Hoffnungen, die vor der Weltmacht über die Weltmacht, den Anfang ihrer Erfüllung sehen. Nur wenn die Verhandlungspolitiker von der Unmöglichkeit dieser Verhandlungen ebenfalls überzeugt sind, drückt ihre Zufriedenheit die Haltung der deutschen Bevollmächtigten richtig.

Die Ortsklasseneinteilung der Beamten.

Die Intofe der in vielen Beamtenfamilien bestehenden Notlage herrschende Erregung wird immer von neuem geführt, durch die Ausbreitung unfühiger Gerüchte. Manche Leute scheinen das ein besonderes Vergnügen zu bereiten. Bedauerlich, daß ein großer Teil der Beamten sofort darauf hereinfällt. In den letzten Tagen ist Herr Wg. Delius fortgefahren, um Anstalt einzuführen. Er konnte nur immer wieder mitteilen, daß auf Grund einer Rücksprache im Ministerium er festgekl. hat, daß Veränderungen bei der vorläufigen Ortsklasseneinteilung nicht eingebracht werden. Im übrigen erfahren wir von Herrn Wg. Delius, daß der Reichsrat in seiner Sitzung am 21. Beschlüsse über die provisorische Aufstellung der Ortsklassen für die Orte von

über 10 000 Einwohner fassen wird. Auf Grund des Beschlusses vom 1909 ist die Regierung ermächtigt, bis zur Neuregelung andere Eingliederungen zu vollziehen. Davon wird sie Gebrauch machen. Die endgültige Regelung erfolgt selbstverständlich durch das Gele. Das behindert aber nicht, daß durch die Annahme des Antrages Altes-Delius die Zahlung des infolge der anderweitigen Eintragung sich aus der Höherstellung ergebenden Beträge sofort nach der Annahme durch den Reichsrat erfolgt. Anwendungen sind bereits erteilt worden. Für die Beamten der höher eingetragenen Orte besteht der Anspruch auf die Nachzahlung seit 1. April 1920. — Die Ermittlungen für die Orte unter 10 000 sind noch nicht abgeschlossen. Es ist also ebenfalls unzutreffend, wenn angenommen wird, daß hier keinerlei Veränderungen stattfinden. Herr Wg. Delius, der bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses ist, vertritt den Standpunkt, daß man die Einstufung der kleineren Orte am zweckmäßigsten nach Wirtschaftseinheiten vornimmt. Obgleich auch dieses Verfahren, wie jedes andere keine nicht wegzuleugnenden Mängel hat, wirkt es doch infolgedessen ausgleichend, als ganze Industriebezirke gleichmäßig behandelt und damit fortgeleitete Veränderungen der Beamten, namentlich der Vor- und Nachborte, der Groß- und Industriebezirke, nach Möglichkeit ausgeglichen werden.

Das Gele wird nach Neujahr voraussichtlich dem Reichstag gehen.

Der Schluß der Völkerverbundstagung.

Die Verhandlungen der Völkerverbundstagung in Genf haben mit einem sanften Moll abgeschlossen. Der Präsident Motta hielt, schwungvoll wie immer, die Schlußrede, die den Hinweis auf das bevorstehende Friedensfest nicht unterließ. Die schönen Worte des hiesigen aufrechten Herrn Motta können jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Ergebnis von Genf auch hinter den bestehenden Erwartungen weit zurückbleibt. Die Verhandlungen haben vollumfänglich die Annahme gerechtfertigt, daß der Verfall der Völkerverbundstagung einer überaus wichtigen Gemeinschaft mit gleichen Rechten ist. Es war gewiß nicht zu erwarten, daß nun der Reud der Sieger so ohne weiteres gewillt gewesen wäre, nach den Vorhänden des größtenteils argentinischen Bueones sich in einen wahren Völkerverbund umzugestalten. Auch die Ausnahme Deutschlands wäre ein für die Argumen die großzügiger Art gewesen. Aber, daß man in der Abrüstungsfrage nicht einmal einen kleinen Fortschritt zustande bringen konnte, beweist die Impotenz der ganzen Genfer Konstruktion. Selbst gegen den leisen Wunsch der Verammlung, die Abrüstung zu beginnen, hat Frankreich mit seinen engeren Trabanten gestimmt. Dabei liegt im Vertrag von Versailles eine klare Verpflichtung für die Entente, nach der Entaffung Deutschlands ebenfalls zur Abrüstung überzugehen. Zweifelloos dürften aus dem völligen Verlangen von Genf für Herrn Hartings Gedächtnisbund harte Hoffnungen herzuweisen sein.

Eine falsche Behauptung und eine törichte Schlußfolgerung.

In einem Zeitartikel der „Wolff. Ztg.“ wird behauptet, auf dem Nürnberger Parteitag der Deutschen demokratischen Partei habe „ein in der Partei sehr mächtiger Kandidat“ erklärt, wenn Rathenau in der Partei eine Rolle zu spielen begäbe, so würden die potentesten Geldgeber irellen. Der „Vorwärts“ übernimmt diese falsche Behauptung und zieht daraus den Schluß, daß nur die arbeitende Bevölkerung durch ihre Beiträge den Kampf gegen die „Stipendien des Kapitals“ aufzunehmen vermöge. Es gibt in der Deutschen demokratischen Partei keinen „so mächtigen Kandidaten“. Die Sagung verdrückt jedem „Wichtigen“ gleiche Rechte, und die Parteistimmen sind so zumangelegt, daß Interferenzen einflüßig völlig unmöglich sind. Herr Rathenau ist vom Vorkand einmütig gebeten worden, seine Ansichten in Nürnberg zu vertreten, weil die Deutsche demokratische Partei nicht irgendein Wirtschaftsdogma vertritt, sondern in ersterer Arbeit bemüht ist, unbeeinträchtigt und ununterbrochen die richtigen Wege aus der deutschen Wirtschaftsnote zu finden. Darin untercheidet sie sich vom „Vorwärts“ und seinem Gele, die von der Agitationspropaganda der Sozialisierung nicht loskommen, auch wenn die tägliche Praxis die sozialistische Doktrin widerlegt.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Deutsche Ärzteverband hat auf seiner Sonnabend-Sitzung in Leipzig vor Proze der Kassenärzte und zu den Beschlüssen des Krankentages in Berlin Stellung genommen und folgende Entschlüsse angenommen: Die Ärzte sind bereit, die von den Krankenkassen in Berlin erhobenen höheren Beiträge zu zahlen, wenn diese ungerechtfertigt zu hoch sind und nicht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Familienversicherung als ein dringendes Gebot der öffentlichen Gesundheitspflege alsbald eingeführt werden muß und daß die Befreiung der kostenlosen ärztlichen Behandlung eine schwere Schädigung für die Heilfürsorge bedeutet. Die Verammlung verlangt von allen Ärzten, daß sie aus Grund der im Reichsarbeitsministerium

getroffenen Vereinbarungen bestehende Vertragspflichten fortsetze und neue Verträge auf dieser Grundlage schließen.

Die Fortbildung der Volksschullehrer.

Die preußischen Volksschullehrer hatten sich bisher zur Erwerbung der Anstellungsbefähigung ein frühestens nach zweijähriger Dienstzeit abzulegender Prüfung zu unterziehen. Diese Fortbildung der Volksschullehrer hat jetzt durch einen neuen erlangenen Erlaß des preussischen Unterrichtsministers eine Neuerung erfahren, die auch deshalb für die Allgemeinheit von besonderem Interesse ist, weil hier von Amts wegen wohl zum erstenmal der Versuch gemacht wird, die durch Einrichtung von Prüfungen geordnete und erwartete Erleichterung des Nachwuchses auf einem neuen Wege, der planmäßigen Gemeinheitsarbeit in sogenannten Arbeitsgemeinschaften, eine Abnahme eines besonderen gemeinsamen Geistes und vollkommener Zusammenarbeit der jungen Volksschullehrer und -Lehrerinnen nicht nur den Beweis ihrer Anstellungsbefähigung durch Ablegung des bisher üblichen Examsens — das jetzt wieder in völligem Umfang, nicht in erleichteter Prüfungsform verlangt wird — oder durch regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an einer von der Bezirksregierung nach Benennen mit dem Bezirkslehreramts anerkannten Arbeitsgemeinschaft zu erbringen. In diesen Arbeitsgemeinschaften, deren Kosten von den Lehrern selbst zu tragen sind, soll durch planvolle, von bewährten und erfahrenen Leitern geleitete Arbeit die wissenschaftlich-pädagogische und schulpädagogische Weiterbildung der Junglehrer und Junglehrerinnen erreicht werden. Der Versuch ist vom Standpunkt der Lehrerbildung wie des Examsensproblems an sich von besonderer Bedeutung.

Die kommende Schlichtungsordnung.

Rom: Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am 14. 15. und 16. Dezember 1920 ist der auf Grund der früheren Kommissionsberatungen aufgestellte amtliche Entwurf einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der obersten Reichsbehörden und der Regierungen der Länder im Reichsarbeitsministerium durchgesehen worden. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Besprechung wird der Entwurf im Januar nächsten Jahres dem Reichskabinett zur Beschlußfassung unterbreitet und sodann dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt werden.

Dr. Simons über die Waffensendung für Italien.

Wegen des in Innsbruck aufgehaltenen, mit Waffen beladenen Waggons hat sich Dr. Simons an den Außenminister gewandt und eine ausführliche Antwort erhalten. Danach hatte Ende August die italienische Militärmission in Berlin das Reichsarbeitsministerium gebeten, ihr je zwei Exemplare der neuesten deutschen Waffensysteme für Maschinengewehre und Pistolen zu überlassen. Auf eine Anfrage des Reichsministeriums hatte das Auswärtige Amt dies befürwortet und gleichzeitig die Mitteilung an die Internationalisierte Militär-Kontrollkommission empfohlen. Das Auswärtige Amt hat über die Angelegenheit nichts mehr gehört, bis am 15. November die italienische Botschaft in Berlin mündlich sich darüber beschwerte, daß ein mit dem Siegel der Militärmission versehener Wagon aus dem Wege von Rom nach Rom in Richtung von Rom durch Italien in Rom abtransportiert worden sei. Der italienische Botschaft ist auf seinen Anhalt unterlassen worden. Dabei teilte die italienische Botschaft mit, es seien Waffen gefunden worden, bei denen es sich um Modelle handele, die der italienischen Regierung vom Reichsarbeitsministerium zu Museumszwecken überlassen wurden. Die Botschaft forderte dringend unter Hinweis auf die Unverletzlichkeit des diplomatischen Siegels die sofortige Freigabe. Die dem Reichsarbeitsministerium hat das Auswärtige Amt nach den internationalen Gebräuchen antworten müssen. Der Reichsarbeitsminister hat die Überwachung der Ein- und Ausfahrt wurde dabei versucht, den irgendetwas nach Wänden getragenen Wagon wieder zu verhindern und meistens zu lassen. Der geleitete Wagon wurde wieder in Innsbruck noch einmal angehalten und geöffnet, schließlich aber auch dort auf den Einbruch eines italienischen Vertreters aus italienisches Staatsgut anerkannt und nach Rom weitergeleitet. Da nach Mitteilung des Reichsarbeitsministers das Eisenbahnpersonal in Wänden die Weiterleitung des Transportes verhindern und den Inhalt der Kisten beschlagnahmen wollte, hat das Auswärtige Amt den Reichsverkehrsminister, die Eisenbahnarbeiter und die überlegten Schritte abzuhalten, die Schwierigkeiten mit der italienischen Regierung dringen könnten. Dieses Schreiben ist von Dr. Simons unterschrieben worden. Im übrigen hat er in der Angelegenheit keinen Brief, insbesondere keinen eigenhändigen Brief nach Wänden geschickt.

Stintbomben im Danziger Volkstag.

Zu Vorgesängen, wie sie sich in den Parlamenten wohl noch nicht abgelehnt haben dürfen, kam es Montag im Danziger Volkstag. Auf der Tagesordnung stand die Wahl von fünf Mitgliedern zum Danziger Hauptausschuß, der dazu

